



In den vergangenen Tagen und Wochen wurden immer mehr Details zu Verflechtungen und Aktivitäten der AWO-Kreisverbände Wiesbaden und Frankfurt bekannt. Die CDU-Rathausfraktion Wiesbaden erwartet eine ganzheitliche Aufklärung der Vorwürfe.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden arbeitet in verschiedenen Projekten mit der AWO zusammen. Es muß daher sichergestellt sein, daß die AWO den Compliance-Richtlinien der Stadt entspricht, hier gelten die gleichen Maßstäbe wie für andere auch.

Doch die Geschehnisse rund um die beiden AWO-Kreisverbände haben noch eine ganz andere Dimension. Vor allem geht es uns auch darum, daß ein ganzer Sozialverband, der an vielfacher Stelle in Wiesbaden für das Gemeinwohl aktiv ist, aufgrund des Handelns Einzelner in Mißkredit gerät.

Die Entwicklung, daß das Ansehen der vielen ehrenamtlich für die AWO tätigen Menschen und auch der Nutzer der Leistungen leiden könnte, bereitet uns Sorge. Allein aus Achtung vor dem Engagement und aus Rücksicht auf diese Menschen ist eine schnelle Aufklärung der Verflechtungen sowie möglichen Fehlverhaltens dringend erforderlich.

Während ein Teil dieser Arbeit in den Gremien der AWO selbst zu leisten ist, haben die Vorkommnisse auch eine kommunalpolitische Dimension. In Reaktion auf einen vor wenigen Wochen von Sozialdezernent Manjura vorgelegten Bericht im Magistrat hält die CDU-Rathausfraktion verschiedene Komplexe für klärungsbedürftig.

Ferner ist zu eruieren wie das aktive Controlling der unterschiedlichen Leistungen der AWO außerhalb des Bereichs der stationären Pflege erfolgt, ohne dabei ehrenamtliche Mitarbeiter der AWO möglichen Interessens- und/oder Loyalitätskonflikten auszusetzen.

Es muß herausgearbeitet werden, ob die AWO Wiesbaden als compliant gelten kann, zumal der AWO-Konzern seit 2017 einen Governance-Kodex hat, der bei der AWO Wiesbaden mißachtet wurde. Hier gilt es, auch von der Stadt Wiesbaden Schaden abzuwenden“.

Die CDU-Rathausfraktion erwartet, daß die bestehenden Verträge mit der AWO von einer

externen Instanz überprüft werden. Auch die politischen Mandatsträger sind gefragt. Die CDU bittet um umgehende Information, ggf. in einzuberufenden Sondersitzungen von Ausschüßen. Zur nächsten Sitzung des Revisionsausschusses am 29. Januar 2020 wird die CDU einen umfassenden Fragenkatalog vorlegen.